

chte Laden
dam Fenster schaut,
Beize, „Die Wasser-
ben Sie an Ihrem Bo-
so das Holz freund-
ärbt, es nicht tot und
st, wie Sie das viel-
ren haben. Sie läßt
Treppen in sonnen-
anz erstrahlen.

Beize
sicherliche

1926.

Hinscheiden
von Herzen
hnanffer.

wohltuender
dem Helm-
des Mannes,
kinder.

ältester, ehelicher
unge
aren Eltern, welcher
gerhandwerk lernen
sofort eintreten bei
auf Mittel
ei in Pforzheim,
nilianstraße 7.

ommerliche
immer-
ohnung

Hennepfart
eistale bei Calw.

EMEN

mit den
BIETEN

SUL
SUL

dampfern
DRID-
Klasse
durch
EMEN
MANN

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann
keine Gewähr übernommen
werden.

Gerechtfertigt für beide Teile
ist Calw.

Nr. 107



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Montag, den 10. Mai 1926.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich, mit Trägerlohn.
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld.

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Seitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Fernsprecher Nr. 9.

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

101. Jahrgang

Reichspräsident und Flaggenstreit.

Schaffung einer Einheitsflagge?

Eingreifen des Reichspräsidenten.

In Berlin, 10. Mai. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, stehen die Verhandlungen in der Flaggenfrage vor einem entscheidenden Wendepunkt. Der Reichspräsident wird in einem Erlass die Regierung auffordern, eine Gesamtlösung des Flaggenproblems durch Gesetz vorzubereiten. Wie verlautet handelt es sich dabei um die

Schaffung einer Einheitsflagge.

Am Sonntag vormittag empfing der Reichspräsident den Reichskanzler, den Reichsinnenminister Dr. Kütz, der die Verhandlung am Freitag, und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der die Verhandlungen mit den Parteiführern am Sonnabend geführt hatte, zu einem einständigen Vortrag über die politische Lage. Der Reichspräsident nahm wiederholt Gelegenheit, zu betonen, daß er selbstverständlich die ganze Flaggenfrage nur auf der verfassungsmäßig gegebenen Grundlage behandelt habe und weiter behandelt werden. In der an die Besprechung beim Reichspräsidenten anschließenden Kabinettsitzung wurde erneut hervorgehoben, daß die Reichsregierung auf dem Standpunkt stehe, der Zweck der Flaggenverordnung, die in Kreisen der Auslandsdeutschen auf dem Gebiet des Flaggenwesens aufgetretenen Unzulänglichkeiten auszugleichen, werde erreicht werden. Fast sämtlich einlaufende Zustimmungskundgebungen der zuständigen Auslandsstellen bestätigten die Regierung in dieser Auffassung. Auf der anderen Seite verneinte die Reichsregierung nicht, daß ihr Vorgehen im Inlande starke Mißverständnisse hervorgerufen habe. Selbstverständlich läge ihr auch jeder verfassungswidrige Eingriff fern.

In der gestrigen interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien nahmen folgende Abgeordnete teil: vom Zentrum v. Guérard und Stegerwald, von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Bräuningshaus, von den Demokraten Koch,

der erst am Mittag aus Erfurt zurückgekehrt war, und von der Bayerischen Volkspartei Lecht. Von der Reichsregierung war der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erschienen, der die Parteiführer über den Inhalt der Ministerbesprechungen unterrichtete. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Zentrum und die Demokraten halten nach wie vor daran fest, daß der Flaggenerlass unzeitgemäß sei und werden dies auch bei der Dienstagssitzung zum Ausdruck bringen. Die endgültige Stellungnahme dieser Parteien wird heute festgelegt werden. Heute nachmittag werden die Parteivorstände sich versammeln und nach Abschluß dieser Sitzungen werden die beiden Fraktionen zusammentreten. Voraussichtlich wird am Donnerstag sofort nach der Begründung der 30. Interpellation der Reichskanzler das Wort ergreifen. Nach ihm wird Reichsinnenminister Dr. Kütz sprechen, während Reichsarbeitsminister Dr. Stresemann erst später in die Debatte eingreifen wird.

Minister a. D. Koch über die Flaggenfrage.

In Berlin, 10. Mai. Wie die Montagspost meldet, hat auf dem Parteitag der Demokraten Thüringens der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Minister a. D. Koch, über die Flaggenfrage u. a. gesagt, daß Hindenburg seine Autorität auch in den Kreisen der Linken sehr wohl hätte benutzen können, um den Flaggenstreit erträglich zu lösen, aber die Art des Vorgehens Luthers habe eine befriedigende Lösung auf Jahrzehnte unmöglich gemacht. Die Reichsverfassung kennt keine Regierungsgewalt des Reichspräsidenten ohne ein Nachprüfungsrecht des Reichstages. Wenn die Rechte der Demokraten für einen etwaigen Rücktritt des Reichspräsidenten verantwortlich zu machen sucht, so müsse gesagt werden, daß eine Nachprüfung von Verordnungen des Reichspräsidenten durch den Reichstag dem Ansehen des Reichspräsidenten keinerlei Abbruch tue. Aber es sei unerträglich, daß gewisse Kreise neben der staatsrechtlich verantwortlichen Regierung und dem Reichstage eine dritte Instanz schaffen wolle, die entscheidend in die Politik eingreife, ohne verfassungsmäßig dazu berufen zu sein

Reichsregierung und Landwirtschaft.

Der Reichskanzler in Darmstadt.

In Darmstadt, 10. Mai. Die diesjährige Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates war aus allen Teilen des Reiches außerordentlich stark besucht. Mit dem Reichsernährungsminister Dr. Haslind hatten sich zahlreiche Vertreter der Reichs- sowie der Landesbehörden, des preussischen Landwirtschaftsministeriums, der großen Spitzenverbände der Landwirtschaft und der Industrie eingefunden. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit der gesamten deutschen Öffentlichkeit, der Reichsregierung und den Vertretern der anderen Berufsstände noch einmal ein klares Bild über die Lage der deutschen Wirtschaft zu geben. Reichsernährungsminister Dr. Haslind, der nach einigen weiteren Begründungsreden das Wort zu einer großangelegten Rede ergriß, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die diesjährige Tagung eine klare Zielweisung ergeben möge, wie unsere Landwirtschaft aus der augenblicklichen Krise einer Gesundung zugeführt werden könnte. Es müsse an die Tatsache erinnert werden, daß das Fundament der gesamten Wirtschaft eines Landes die eigene Produktion sei. Gerade in der heutigen Zeit sei es doppelt und dreifach die Aufgabe des Staates, die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer leistungsfähigen Landwirtschaft wieder wachzurufen. Es müsse in Deutschland zu einem Allgemeinut staatsbürgerlichen Denkens werden, daß die Landwirtschaft das Fundament der Gesamtwirtschaft sei. Um diese Erkenntnis zu vertiefen, sei es erforderlich, daß die Landwirtschaft bei allen wirtschaftlichen Organisationen, die der Regierung beratend zur Seite stehen, ihrer Bedeutung entsprechend stärker vertreten sei. Die Bestrebungen auf Rationalisierung und Vereinheitlichung seien für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft von größter Bedeutung. Der Minister betonte, daß es sich die Reichsregierung und sein Ressort angelegen sein lassen würden, durch Verbilligung der Zinssätze, eine zweckmäßige Kreditpolitik und ausreichende Finanzierung der Ernteezeugnisse der Landwirtschaft zu helfen.

Zum letzten Verhandlungstag des Deutschen Landwirtschaftsrates waren Reichskanzler Dr. Luther u. Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Darmstadt eingetroffen, die an den Verhandlungen teilnahmen.

Reichskanzler Dr. Luther sagte in seiner Rede, das ganze deutsche Volk müsse von Festigkeit durchdrungen sein. Es müsse sich der Kraft zur Genesung bewußt sein, die in der Landwirtschaft vorhanden wäre, der großen Aufbaukräfte, die es in der deutschen Landwirtschaft heute gebe. Das Gesamtbild der deutschen Landwirtschaft der Gegenwart sei ohne Zweifel überaus trübe. Einer der größten Eingriffe in der Weltgeschichte war die

große deutsche Zwangswirtschaft während der Kriegszeit. Zu dieser Abhängigkeit von Natur und großen politischen Ereignissen sei im Laufe der Zeit für die Landwirtschaft die Abhängigkeit von dem gesamten Wirtschaftszustand der Welt hinzugekommen. Das letzte deutsche Erntejahr zeige diese Zusammenhänge mit einer wahrhaft erschütternden Deutlichkeit. Gerade angesichts dieser Sachlage und gerade in diesem Zeitpunkt schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis, möchte ich als deutscher Reichskanzler, so führt Dr. Luther fort, vor den Ohren der ganzen Landwirtschaft mit besonderem Nachdruck von den großen Kräften sprechen, die die deutsche Landwirtschaft in sich birgt. Nun ist freilich klar, daß alle diese großen schaffenden Kräfte sich nur dann entfalten können, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen gegeben sind. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, in der Kräftigung des inneren Marktes und damit insbesondere der Landwirtschaft die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe der Gegenwart zu sehen. Auf der anderen Seite können wir aber keine praktische Politik treiben, ohne nach Möglichkeit unsere Ausfuhr zu steigern. Hier stehen sich die Wege, die wir gehen müssen, in Einzelfällen gegensätzlich gegenüber, und diese Gegensätzlichkeit erweist sich vielfach als geradezu tragisch. Denken Sie an den spanischen Handelsvertrag. Wir müssen hier zu einem Ergebnis zu kommen suchen. Wir können unseren Wiederaufbau nicht bewerkstelligen, indem wir nach allen Seiten hin Zollkriege führen. Es geschieht aber alles, um auch bei diesen Verhandlungen die Interessen der Landwirtschaft zu wahren. Daß infolge der jetzigen Notlage bei vielen Einzelpersonen eine gewisse Müdigkeit Platz zu greifen droht, ist menschlich verständlich, aber deshalb müssen umso mehr Kräfte angespannt werden, damit die Landwirtschaft sich trotz dieser Schwierigkeiten behauptet. Man darf trotzdem mit dem Bestreben, den landwirtschaftlichen Betrieb zu intensivieren, nicht Halt machen. Wenn die Landwirtschaft wieder aufgebaut werden soll, so müssen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse natürlich ihren Mann ernähren.

Der Reichskanzler schloß mit einem Appell zur Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes. Es gibt für das deutsche Volk keinen Wiederaufbau und keine Steigert, wenn es uns nicht gelingt, die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens zu steigern. Darin sind wir ja alle einig und auch darin werden wir einig sein, daß wir gerade hier in Darmstadt, wo wir in allernächster Nähe des besetzten Gebietes sind, besondere Verantwortung haben, die Lebenskräfte, die in der Landwirtschaft stecken, zu betonen. Ueber alle Verschleidenheiten, die bestehen, steht für uns das, was größer ist als selbst die drückendsten Sorgen: die Liebe zum Vaterland.

Tages-Spiegel.

Der Reichspräsident hat in den Streit um die Reichsflaggen eine Einheitsflagge gefunden.

Reichskanzler Dr. Luther beriet mit dem Reichspräsidenten im Gesamtministerium und mit den Regierungsparteien gestern die Flaggenfrage.

Der Reichstag behandelte am Samstag den Antrag zum Gemeindebestimmungsrecht. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Die Delegierten in Genf werden vor Eintritt in die Beratungen über die Reorganisation des Völkerbundesrates alle Fälle besprechen, die sich aus der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbunde und aus den im Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen ergeben könnten.

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag kam es in England und Schottland zu mehreren Zwischenfällen zwischen den Streikenden und der Polizei.

Die amerikanische Nordpolarexpedition unter Leitung Byrds ist mit ihren beiden Folter-Maschinen von Kingsbay auf Spitzbergen gestartet.

Die Streiklage in England.

Noch keine Friedensverhandlungen.

In London, 10. Mai. Amtlich wird festgestellt, daß weder am Samstag noch am Sonntag irgendwelche Versuche zur Anknüpfung von Verhandlungen auf der Basis der Regierungserklärung gemacht wurden. Zweifellos sind aber im steigenden Maße Bestrebungen im Gange, die zur Verständigung drängen. Eine Entscheidung ist jedoch schwerlich zu erwarten, ehe nicht die am Montag oder Dienstag in Brüssel bezw. Ostende stattfindenden internationalen Gewerkschaftsverhandlungen beendet sind. Der Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede, der Generallstreik sei keine Bedrohung der verfassungsmäßigen Einrichtungen. Es komme jetzt darauf an, den richtigen Moment für den Friedensschluß nicht zu verpassen.

Besprechungen beim englischen König.

In London, 10. Mai. Beim König fand am Sonntag eine Besprechung über die Streiklage statt, an der u. a. Balfour, der Minister des Innern Johnson Hyde und der Generalstaats-Douglas Hogg teilnahmen.

Zusammenstöße in Glasgow und Dundee.

In London, 10. Mai. Am Sonntagabend haben sich in verschiedenen Stadtteilen Glasgows Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei ereignet. Den Hauptherd der Unruhen bildete das östliche Stadtviertel. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. In Dundee ist es gleichfalls zu Zusammenstößen gekommen, wobei 5 Personen verhaftet wurden. Als neues Moment sind Plünderungen zu verzeichnen. In einigen Städten Englands macht sich Nahrungsmittelknappheit bemerkbar, die aber nach Angabe der Behörden sich leicht beheben lassen.

Millerands neues politisches Programm.

In Paris, 10. Mai. Millerand hielt am Sonntag in Melun auf einer Versammlung der national-republikanischen Liga eine Rede, in der er sein neues politisches Programm entwickelte. Die heutigen politischen Zustände in Frankreich führt Millerand auf die Vertrauenskrise zurück, die durch den Bruch der nationalen Einigkeit herbeigeführt worden sei. Dies sei die Schuld der Parteien der Linken. Die Nationalrepublikaner seien bereit, die Einigkeit wieder herzustellen, aber auf der Grundlage der Prinzipien der Ordnung. Millerand bedauerte dann den Verzicht auf die Sicherheitsklausel im Schuldensabkommen mit Amerika und erklärte, daß die Aufgabe der Ruhr ohne Gegenleistung Frankreich allen Fahrlässigkeiten aussehe. Frankreich leide unter einer Krise der Autorität. Er sehe nur ein Mittel zur Heilung und zur Reduktion der Verfassung. Diese müsse nach folgendem Programm vorgenommen werden: 1. Schaffung einer starken Exekutive. 2. Garantie der Freiheit durch Einsetzung eines Obersten Justizhofes. 3. Vertretung der Berufsklassen, die an der Wahl des Staatsoberhaupts teilnehmen und Sitz und Stimme im Parlament erhalten sollen. Millerand fügte hinzu, daß dies alles keine Schimären seien, sondern daß er an die baldige Bewirkung seiner Ideen glaube. Man werde dazu durch die Abstimmung in Elsch-Lothringen gezwungen werden. Auch für Straßburg und Metz werde das Heil kommen. Die Kommunisten hatten eine Gegenkundgebung veranstaltet, auf der kürzlich im zweiten Pariser Sektor gewählte Kommunisten sprachen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die Wirtschaftsschikane der Vereinigten Staaten.

Von Dr. S. Böhning.

Die Klagen über die wirtschaftlichen Untersuchungen amerikanischer Regierungsstellen mehrten sich in letzter Zeit nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Insbesondere die Agenten des Schatzamts der Vereinigten Staaten geben den verschiedensten Zeitungen des In- und Auslandes Veranlassung zu mehr oder weniger scharfen Protesten. „Die neue Gefahr“, „Die Schiffsfeiern“, „Mißbrauch der von Amerikanern eingeholten Auskünfte“, „Amerikanische Methoden“, das ist eine kleine Auswahl aus den Ueberschriften der Artikel, die in deutschen, schwedischen, norwegischen, dänischen und französischen Zeitungen erschienen sind. Da lohnt es sich wohl auf eine Angelegenheit, die sich allmählich zu einem internationalen Skandal zu entwickeln droht, näher einzugehen.

Die Schatzamtsagenten verdanken ihre Existenz dem amerikanischen Wertzollsystem. Ein solches System birgt, wie die Erfahrung lehrt, für die Zollbeamten nicht unbedeutliche Schwierigkeiten und für unredliche Elemente die Möglichkeit von Zollhinterziehungen. Ist doch der amerikanische Zollbeamte bei der Einfuhr von Waren im allgemeinen darauf angewiesen, seiner Zolloberechnung den vom Exporteur oder vom Importeur genannten Wert zugrunde zu legen.

Das amerikanische Zolltarifgesetz hat wohl eine Reihe von verwickelten Bestimmungen getroffen, die bei der Bemessung des der Verzollung zugrunde zu legenden Wertes von dem Zollbeamten beachtet werden müssen, konnte jedoch hiermit nicht alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen. Um die richtige Angabe der Werte nachzuprüfen, eine Aufgabe, mit der die Schatzamtsagenten betraut sind, hat man im amerikanischen Zolltarifgesetz den berühmten Artikel 510 geschaffen. Hier wird bestimmt, daß die Exporteure verpflichtet sind, dem Schatzamtsagenten Einsichtnahme in ihre Bücher, Schriftstücke, Belege, Rechnungen, Urkunden und Korrespondenzen zu gewähren und falls eine solche Einsichtnahme verweigert wird, die Einfuhr der von solchen Personen hergestellten, erzeugten, verkauften oder versandten Waren in die Vereinigten Staaten zu verbieten und soweit sie bereits im amerikanischen Zollgewahrsam sich befinden, ihre Aushändigung zu verweigern und unter gewissen Umständen sogar zu verweigern. Der Firmeninhaber, der die Einsichtnahme in seine gesamten Geschäftspapiere verweigert, läuft also die Gefahr, seinen Absatz in Amerika zu verlieren. Wenn auch der amerikanische Schatzamtsagent keine Möglichkeit hat, die Einsichtnahme zu erzwingen, so bedeutet das über den Firmeninhaber schwebende Damoklesschwert einer Sperrung seiner Ausfuhr nach Amerika, einen Druck, der einer Drohung gleichkommt.

Mit Recht hat sich die europäische Presse gegen dieses System gewandt, das mit Handelsespionage nur allzu verwandt ist. Besonders scharf ist in dieser Beziehung die Presse der nordischen Staaten vorgegangen, in der an einer Stelle sogar darauf hingewiesen wird, daß die nach Europa entsandten Agenten in Verbindung mit amerikanischen Konkurrenzfirmen stehen. Die Verantwortung für diese Meldung müssen wir allerdings dem norwegischen Blatt überlassen. Diese Behauptung zeigt aber, inwieweit die Erbitterung gegen dieses amerikanische Institut fortgeschritten ist.

Durch die französischen Blätter ist in den vergangenen Monaten mehrfach die Mitteilung von Protestschreiben französischer Organisationen an die amerikanischen Konsulate in Frankreich gegangen. Der amerikanische Generalkonsul in Paris hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, in der französischen Presse das Wort zu ergreifen. Die Stellungnahme dieses Amerikaners ist zu interessant, als daß man sie an dieser Stelle übergehen könnte. Die Notwendigkeit der Nachkontrolle wird von ihm mit dem amerikanischen Wertzollsystem begründet. Den Verdacht einer Handelsespionage weist er mit Entrüstung zurück. Diesen billigen Ausführungen folgt etwa folgender Gedankengang. Eine öffentliche Erörterung über die Tätigkeit der amerikanischen Schatzamtsagenten sei dem Handelsverkehr zwischen Amerika und Europa abträglich und die öffentliche Meinung habe wohl wichtigere wirtschaftliche Dinge zu behandeln, als solche Detailsfrage ohne praktische Bedeutung.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

43. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Hohet sind sehr eigen und lieben die Musik gar nicht,“ murmelte sie wie zu ihrer Entschuldigung. Sehr verbindlich, ja liebenswürdig streckte sie Gwendoline die Hand entgegen zum Abschied.

Verdrießlich empfing die Kommerziantin Gwendoline. „Hast du dich endlich wieder auf uns besonnen? Geh zu Jeannette, damit sie von ihrer abernen Sehnsucht nach Matke abgelenkt wird — es ist kaum noch zum Aushalten!“ Endlich kam Blanka nach Hause. Es war längst acht Uhr.

„Die Herrschaften lassen grüßen! Es ist zu spät geworden, sonst hätten sie nochmals mit vorgesprochen, um sich von dir zu verabschieden, Mama! So wollten sie aber nicht mehr hören. Wie waren wir vergnügt! Der Brud ist zum Totlachen! Und in Kronau steckt ein Humor, den man niemals in ihm gesucht hätte! So fidel habe ich ihn noch nie gesehen, solange ich ihn kenne — Schnadahüpfel hat er gedichtet und gesungen — ein schräger heimlicher Blick streifte Gwendoline, um die Wirkung dieser Worte zu beobachten — und sie war zufrieden; denn sie sah das läche Erblaffen, den schmerzlichen Zug in der Freundin Gesicht, die vor Bitterkeit dachte, daß er hatte vergnügt sein können, während sie sich in Sehnsucht und Sorge verzehrt hatte.“

„Ach ja, Lina, eben fällt es mir ein — ich habe deinen Handschuh gefunden — es ist doch einer von den seidenen, die dir Jeannette geschenkt hat —“ Blanka nahm aus dem Handtäschchen den erwähnten Gegenstand, und leiser fügte sie hinzu: „und, er“ war auch noch da und las — machte dir mein Kompliment, hübscher Mensch! — Ganz in seiner Nähe lag der Handschuh —“

Gwendoline atmete schwer; ihre Augen hatten jeden Glanz verloren. Angel von Kronau war also Zeuge dieses Fundes gewesen — und sie konnte sich Blankas Kommentare dazu lebhaft denken!

Aber rubia hielt sie Blankas schwärzenden Blick aus.

Nein, Herr Generalkonsul, wir sind anderer Ansicht und Ihre Landsleute sind es auch! Nichts läge näher als die Untersuchungen auf die Korrespondenz des amerikanischen Importeurs mit seinem europäischen Verkäufer zu beschränken. Hier hat sich aber die amerikanische Zollverwaltung eine gründliche Absuhr bei dem obersten Gericht in Washington geholt, das nicht nur einmal ein Urteil in der Richtung gefällt hat, daß der Zollverwaltung Schnüffeleien in den Büchern der Firmen nicht erlaubt seien. Es ergibt sich also das groteske Bild, daß sich amerikanische Agenten auf europäischem Boden Rechte anmaßen, die ihnen im eigenen Lande von ihrem obersten Gericht abgesprochen wurden. Das Druckmittel, das die amerikanischen Agenten gegenüber den europäischen Firmen in der Hand haben, fehlt ihnen, wie aus der oben erwähnten Bestimmung des amerikanischen Zolltarifgesetzes hervorgeht, gegenüber den eigenen Staatsangehörigen. Und wenn sie es hätten, so muß bezweifelt werden, ob sie es in Amerika anwenden würden, da es hier und da die amerikanische Volkswirtschaft auch einmal schädigen könnte.

Soweit wir unterrichtet sind, haben alle Proteste gegen dieses System bisher nicht vermocht, auch nur einen Schritt in der Richtung einer Abänderung der unmöglichen Bestimmungen des amerikanischen Zolltarifgesetzes zu veranlassen.

Während man bisher die Beobachtung machen mußte, daß die Proteste gegen die amerikanischen Untersuchungsverfahren lediglich durch die Presse oder von privaten Organisationen erhoben wurden, hat sich neuerdings die schweizerische Regierung veranlaßt gesehen, mitzuteilen, daß sie die Arbeiten der amerikanischen Agenten auf schweizerischem Boden nur dann dulden werde, wenn die amerikanische Regierung das gleiche Recht schweizerischen Beamten einräumen würde. Das bedeutet eine glatte Abgabe an Amerika.

In diesem Zusammenhang scheint uns eine Anregung von französischer Seite von Bedeutung. Auf einer Sitzung der Interessenvertretung der französischen Luxusindustrie hat vor einiger Zeit ein hoher Beamter des französischen Handelsministeriums angeregt, die europäischen Regierungen zu einer gemeinsamen diplomatischen Aktion gegen diesen Skandal zu veranlassen. Eine durchaus beachtenswerte Anregung, die deshalb nicht in Vergessenheit geraten sollte, weil der französische Beamte, der sie gab, inzwischen zur Industrie abgewandert ist.

Die Angelegenheit gewinnt dadurch noch an Bedeutung, daß neuerdings den schlechten Beispielen Amerikas folgend auch Australien beginnt in ähnlicher Weise in Europa Wertuntersuchungen zu betreiben.

Kleine politische Nachrichten.

Für den Ausbau der Landwirtschaftskredite. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde ein deutsch-nationaler Antrag angenommen, der den Ausbau der Kredithilfe für die Landwirtschaft verfolgt. Die Reichsregierung wird darin ersucht, gemeinsam mit der Reichsbank und Rentenbankkreditanstalt dahin zu wirken, daß die von der Goldbillsbank zum Zwecke der Umwandlung der kurzfristigen Verschuldung der Landwirtschaft in langfristige Kredite mit einer Summe von zunächst 250 Millionen Mark eingeleiteten Maßnahmen weiter ausgebaut werden. Durch mögliche Vereinfachung des Verfahrens sollen die großen Erschwerungen bei der Behebung der Kredite beseitigt werden.

Der Bund der Auslandsdeutschen zur Flaggenfrage. Der Bund der Auslandsdeutschen sandte an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann folgendes Telegramm: Bund der Auslandsdeutschen völlig fernstehend wirklicher Parteipolitik, begrüßt im Interesse der Geschlossenheit des Auslandsdeutschtums Erlaß der Flaggenverordnung. Damit begonnene Verwendung der beiden durch Verordnung des früheren Herrn Reichspräsidenten eingeführten Flaggen im Ausland entspricht einem Wunsch der Auslandsdeutschen, der seinen entsprechenden Ausdruck auf letzter Tagung des Auslandsdeutschtums fand. Bestehener Zwiespalt wird so überbrückt und das Band zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum enger geschlungen. Auslandsbund, gez. Schroe.

Verabschiedung der Rheinreise des Reichskanzlers. Nach den

Morgenblättern hat das Oberpräsidium in Koblenz mitgeteilt, daß die Rheinreise des Reichskanzlers in die befreite erste Zone, die für die Zeit vom 10. bis 12. Mai geplant war, um eine Woche verschoben worden ist.

Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Marokko. Nach einer amtlichen Meldung werden die Feindseligkeiten in Marokko von spanisch-französischer Seite wieder aufgenommen. Die spanische Offensive wird schon in den nächsten Tagen beginnen. Das spanische Oberkommando ist der Ansicht, daß die militärische Lage und die Aussichten für einen Erfolg günstiger als je zuvor seien.

Die Vorarbeiten zur Weltwirtschaftskonferenz.

Im Berlin, 10. Mai. Die deutschen Wirtschaftssachverständigen, die zu den vorbereitenden Besprechungen für die Weltwirtschaftskonferenz in Genf gewesen sind, erstatteten am Freitag abend der Presse Bericht über ihre bei den Beratungen gewonnenen Eindrücke. Staatssekretär Dr. Trendelenburg gab eine kurze Schilderung der in den Beratungen verfolgten Ziele. Sodann ging er auf die Einteilung der Kommissionen in drei Unterkommissionen ein, in denen auch die deutschen Sachverständigen vertreten sind. Sie sollen feststellen, was vom gesammelten Material verwertet werden soll. Im Herbst wird dann ein vorbereitendes Komitee zusammentreten und mit der eigentlichen Arbeit, nämlich der Aufstellung des Programms für die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz beginnen. Ueber die Arbeiten der 1. Kommission berichtete Herr Eggert. Sie hat an der Spitze der kommenden Arbeit die Einleitung von Erhebungen über die Stabilisierung der Währung gestellt. Dr. Lammer teilte als Ergebnis der Verhandlungen der 2. Kommission mit, daß Erhebungen in 8 Betriebszweigen aller Länder angestellt werden sollen. Die bei den Erhebungen erhaltenen Ziffern sollen nach dem Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 und nach dem Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1925 aufgestellt werden, wobei die Kriegsjahre unberücksichtigt bleiben sollen. Neben diesen Untersuchungen soll noch eine Reihe allgemeiner Fragen behandelt werden, die alle Industrien gemeinsam betreffen. Für diese verschiedenen Fragen sind Referenten bestimmt worden, die die Arbeiten des Völkerbundes überwachen und darüber Bericht erstatten sollen. Staatssekretär Dr. Trendelenburg erstattete zum Schluß Bericht über die Arbeiten der 3. Kommission. Sie hatte die Aufgabe, die Fragen zusammenzustellen, die bei einer internationalen Konferenz in Bezug auf die Beurteilung des Zollproblems wesentlich sein könnten. Alle drei Referenten betonten, daß in den Kommissionen der Wille vorherrsche, sachliche Arbeit zu leisten. Der Stand der deutschen Sachverständigen bei den Verhandlungen war nicht ganz leicht, weil Deutschland dem Völkerbunde noch nicht angehört. Für Deutschland bestiehe aber trotzdem das größte Interesse an den Arbeiten teilzunehmen, damit die Gefahr, daß ohne deutsche Beteiligung Dinge in der Welt geschehen, die den deutschen Interessen nicht entsprechen, vermieden wird.

Wiederbeginn der Kämpfe im Rif.

Im Paris, 8. Mai. Die letzten Meldungen aus Ujda bezeugen, daß die Feindseligkeiten bereits seit Freitag früh im Gange sind. Französische Flugzeuggeschwader, die während des zweiwöchigen Waffenstillstandes nicht in Tätigkeit getreten waren, sind aufgestiegen und haben Bomben über den feindlichen Stellungen abgeworfen. Der Vormarsch der französischen Truppen hat in der Gegend von Xeri begonnen. General Boichit ist in Rabats eingetroffen, wo er Maßnahmen zur Entwicklung der Offensive mit den anwesenden Generalsstäben besprochen hat.

Das Ziel der französisch-spanischen Offensive.

Mit der Rifdelegation ist eine ärztliche Delegation von Ujda abgegangen, die Medikamente und Lebensmittel für die Gefan-

„Und es ist doch nicht so, wie du denkst, Blanka!“ sagte sie mit troziger Verzweiflung.

Wiezehntes Kapitel.

Meine angebetete, liebe Christa!

Ich muß so schreiben, das „gnädige Fräulein“ will mir nicht aus der Feder! Zürnen Sie mir nicht ob dieser Dreifügigkeit, ich will Ihre Zeit auch nicht lange in Anspruch nehmen! Nur schnell sagen möchte ich, daß ich mit Sehnsucht auf ein Wiedersehen warte, und innig bitte ich Sie, mir ein solches zu gewähren und bald! Ich habe Ihnen so viel zu sagen, Christa, und eine Frage habe ich an Sie zu richten, von deren Beantwortung meines Lebens Glück abhängt. Getreu meinem Wort, spüre ich Ihnen nicht nach, obwohl es mir ein Leichtes wäre! Sie selbst sollen mir sagen, wo ich Sie und Ihre Eltern sprechen darf — Christa, ahnen Sie, warum? In Ihrer Hand liegt es, mich sehr glücklich zu machen! Süßes, teuerstes Mädchen, ich liebe Dich!

Bernd Jovers.

Nun hatte Maria Christina den Brief gelesen; schlüchtern legte sie ihre Lippen daran! Der erste Liebesbrief, den sie bekommen. Es schwindelte sie vor Glückseligkeit, als sie seine Worte las — „ich liebe Dich!“ Diese Worte galten ihr, dem Weibe! Er wußte doch nicht, wer sie war.

Nun warte sie ihm Antwort geben — er sollte doch nicht vergebens warten!

Aber als sie die Feder zum Schreiben ansetzte, fiel es ihr schwer auf die Seele. Was sollte ich ihm sagen? Der ganze Märchenzauber verflog, und die Wirklichkeit klang hinein wie eine grelle Dissonanz. Um sie, die Prinzessin Ehrenberg, warb ein einfacher Arzt, wollte bei ihren Eltern um sie werben —! Würde die Mutter ihm, als einem Wahnsinnigen, nicht die Tür weisen?

Ach, sie könnte alles um ihn vergessen — was war ihr Reichtum, Rang, Stand! Sie wollte Liebe, Liebe — und die gab er ihr —! Sie öffnete das goldene diamantbesetzte Herz an ihrer Uhrkette — da lag der Bierske von ihm darin, noch frisch und grün.

„Nein, das Glück hat mich vergessen! Du sagst es mit deutlich!“ flüsterle sie. „und ich will auch um mein Glück

kämpfen!“ Ach, wie leicht dachte sich dies das romantische, weltunerfahrene Fürstentum!

Da hörte sie ein Geräusch im Zimmer nebenan! Ach, durfte sie denn nicht eine Stunde für sich haben! Sicher würde die Limbach kommen. Mit einem Seufzer schob sie ihr Schreibgerät beiseite und stützte das Gesicht auf die Hand. Sie blickte nicht auf, als sie die Gräfin Limbach eintreten hörte. Nach einem kurzen Schweigen sagte die:

„Hohet bitten, daß Hohet sich zu ihr bemühen — es ist etwas sehr Wichtiges zu besprechen —“

Maria Christina zuckte leicht die Achseln. „Ich kann mir schon denken! Mir soll die einzige Freude genommen werden, die ich habe: mein Musizieren mit Gwendoline Reinhardt.“

„Nein, Hohet, etwas viel Wichtigeres! Darf ich mit erlauben, es anzudeuten; es hängt mit der Reise ihrer Hohet zusammen: wir dürfen in den nächsten Tagen den Besuch seiner Hohet des Herzogs von Hemsheim erwarten!“ sagte die Hofdame wichtig und geheimnisvoll.

Maria Christina sprang auf und blickte die andere tödlich erschrocken an. „Was sagen Sie, Gräfin?“ Ihre Stimme erstarb im Flüstern.

Was deren Worte bedeuteten, hatte sie sofort erfasst. Der Herzog von Hemsheim: kein Mann war ihr so unsympathisch wie gerade er, mit dem sie im Winter auf dem Hofball einigemal getanzt.

Er war es also, dem man sie bestimmt!

Sie mußte dem Gebot der Mutter folgen, mit verfallenen Arien begab sie sich zur ihr.

Die Prinzessin Ehrenberg, eine hohe gebietende Erscheinung, empfing ihre Tochter mit freundlichem Lächeln, was etwas Seltenes war.

„Nun liebe Christina, wie fühlst du dich? Ich finde, du siehst ein wenig bleich und nervös aus! Das kommt nur vom allzu vielen Musizieren —! Ich denke, wir lassen das jetzt für einige Tage, damit du recht frisch bist, mein Kind.“

Sie faßte nach Maria Christinas Hand und drückte die Tochter in einen Sessel.

blenz mitgeteilt, reichte erste Zone, war, um eine Marokko. Nach gkeiten in Ma- genommen. Die agen beginnen. die militärische tigger als je zu

enz.

Sachverständigen für die Welt- ten am Freitag atungen gewon- burg gab eine en Ziele. So- en in drei Un- Sachverständi- m gesammelten dann ein vor- der eigentlicher für die vorbe- der die Arbeiter at an der Spitze ungen über die s teiste als Er- t, daß Erhebun- werden sollen. llen nach dem ch dem Durch- eben, wobei die n diesen Unter- agen behandelt. Für diese ver- den, die die Ar- Bericht erläßt- erlatete zum fision. Sie hatte bei einer inter- llung des Zoll- edner betont, sachliche Arbeit ndigen bei der hland dem Völ- che aber trotz- unehmen, damit ge in der Welt sprechen, ver-

im Nij.

aus Wjda besa- früh im Gange rend des zwei- getreten waren, eindlichen Stel- nischen Truppen l Bericht ist in Entwicklung der pwenen hat. nstive. ation von Wjda für die Gefan-

romantische,

eben! Ach, aben! Sicher sger schob sich schicht auf die Limbach ein- agte die: mühen — es . „Ich kann de genommen. Gwendoline Darf ich mit Reife ihrer n Tagen den ernsheim er- ehmnisvoll. e die andere ästin?“ Ihre sofort erfährt ihr so un- unter auf dem mit versagen- tende Erschei- lächeln, was ? Ich stude, Das kommt ke, wie lassen ich bist, mein nd deilte die

genen im Risgebiet mit sich führt. Das Ziel der französischen und spanischen Offensive geht offenbar darauf hinaus, die Stämme am Rande des Risgebietes zum Abfall von Abd el Krim zu bewegen und Abd el Krim in eigentlichen Risgebiet einzukreisen. Zwischen Frankreich und Spanien ist ein militärischer Plan ausgearbeitet worden, der eine allmähliche Unterwerfung der einzelnen Stämme vorsieht. Aus den Erklärungen, die General Simons vor seiner Abreise aus Wjda dem Vertreter des „Matin“ gemacht hat, geht hervor, daß die französischen und spanischen Militärkreise den Abbruch der Verhandlungen begrüßen, weil er ihnen ermöglicht, ihr Programm durchzuführen.

Der Kutischer-Prozess

U Berlin, 8. Mai. Im Kutischerprozess wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der frühere Kassierer Kutiskers, Petri, erklärte unter anderem, daß vielfach auf Anweisung Kutiskers gebucht wurde „für Hanauer Lager an Holzmann“, obwohl kein Beleg darüber vorhanden gewesen sei, ob Holzmann tatsächlich das Geld bekommen hätte. Die Geschäftsführer zweier zum Kutiskerverlogen gehöriger Gesellschaften sagten aus, daß sie bei der Unterschrift unter die Wechsel nicht gewußt hätten, daß sie an die Staatsbank gehen würden. Es kam zu einem Zwischenfall, als der Blücherachverständige Gude sich flüsternd an den Staatsanwalt wandte, um ihn auf die in den Akten der Staatsanwaltschaft befindliche Kopie eines an sich belanglosen Schreibens aufmerksam zu machen. Der Verteidiger erklärte, der Sachverständige fühlte sich offenbar so ausschließlich als Gehilfe der Staatsanwaltschaft, daß er sich an sie und nicht an den Vorsitzenden wende. Das sei für die Frage der Befangenheit bezeichnend. Der Sachverständige äußerte sich demgegenüber, er habe den Vorsitzenden bei der Vernehmung nicht hören wollen.

Württ. Landtag.

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft trat in die Beratung des Gesetzentwurfes zur Vereinfachung der Staatsverwaltung ein. Zu Beginn der Beratung des Gesetzentwurfes gab der Staatspräsident namens der Regierung die Erklärung ab, die Regierung wünsche die Zurückstellung dieses Entwurfes. Die Regierung muß von sich aus die erforderlichen Maßnahmen treffen. Soweit die Zustimmung des Landtages dazu erforderlich ist, wird sie rechtzeitig eingeholt werden. Mit Rücksicht auf Art. 22 des Verfassungsgesetzes wird dann auch die Genehmigung des Landtages zu den Verordnungen der Regierung eingeholt werden. Der Ausschuss nahm von dieser Erklärung ohne Widerspruch Kenntnis. Sodann behandelte man den Entwurf eines Gesetzes über das Staatsministerium und die Ministerien. Der Berichterst. Dr. Hölscher gab zunächst eine Darstellung der rechtlichen Grundlagen und Auswirkungen des Gesetzes. Ein Redner der Dem. glaubt, daß drei Ministerien in Württemberg genügen würden. Auch ein Redner der Soz. hält die Zahl der Minister für eine Zweckmäßigkeitfrage. Staatspräsident Bazille erklärt, daß keine Erweiterung der Zuständigkeit des Staatspräsidenten geplant sei, sondern lediglich eine einheitliche Durchführung der Geschäfte und die Behandlung der wichtigsten Angelegenheiten im Staatsministerium. Es soll nur eine Lücke in der Verfassung ausgefüllt werden. Der Art. 1 wurde unverändert angenommen. Art. 2 ersah eine Veränderung durch einen einstimmig angenommenen Antrag Kühle (Z.), den Absatz 1 zu fassen: Der Staatspräsident leitet die Geschäfte des Staatsministeriums. Bei Art. 7 (Innenverwaltung) wünscht ein dem. Abg. die Loslösung der Elektrizitätswirtschaft von dem Innenministerium und die Vereinigung der beiden Fürsorgezweige in einem Ministerium. Nach Ansicht eines soz. Redners gehört auch der staatlich geförderte Wohnungsbau zum Wirtschaftsministerium, ebenso die gesamte Fürsorge. Der Staatspräsident Bazille erklärt, daß eine allgemein befriedigende Abgrenzung sich überhaupt nicht finden lasse. Ein Antrag Gfäß im Sinne der Ausführungen des dem. Redners wurde abgelehnt. Die Art. 8 bis 11 wurden angenommen.

Stuttg. 9. Mai. Der Finanzausschuss setzte seine Beratung bei Kap. 81 (Steuern und Steuerstrafen) fort. Ein dem. Abg. fragte nach den Grundzügen des künftigen Gewerbesteuergesetzes und nach dem Schicksal des Gebäudeerschuldungssteuergesetzes. Gegenüber dem soz. Vorwurf einer Theaurierungspolitik in Württemberg anerkannte ein Redner der Deutschen Volkspartei die solide vorsichtige Finanzgebarung der gegenwärtigen Regierung. Er wandte sich u. a. gegen eine von der Sozialdemokratie verlangte Erhöhung des Ballblatlasters, da der Reinertrag der Waldungen in dem letzten Jahr zurückgegangen ist. Wenn überall der Ruf nach Staatshilfe ertönt, sei Einschränkung der Ausgaben unmöglich. Ein Mitglied des Bauernbundes fand die Verwendung von Restmitteln des Staats für den außerordentlichen Dienst völlig in Ordnung. Lebhaft wurde geäußert, daß von den durch den Finanzausgleich fälligen Reichsmitteln für die Erwerbslosenfürsorge noch nichts nach Württemberg gekommen sei. Eine einseitige Herabsetzung des Gebäudeballastlasters wäre nicht tragbar. Ein Regierungsvertreter erklärte, solange die Einkommensteueranlagung noch nicht durchgeführt sei, könne unmöglich gesagt werden, wie das neue Gewerbesteuergesetz aussehen werde. Nach Abschluß der Erhebungen des Landesfinanzamts wird sich das Finanzministerium über die Besteuerungsmerkmale zur Gewerbesteuer schlüssig werden. Was an Anleihemitteln gegenwärtig vom Staat hereingebracht wird, findet ausschließlich für Wohnungsfürsorge und Ausbau der Elektrizitätswirtschaft Verwendung. Die Regierung wäre nie dazu übergegangen, Steuern zu Betriebskapital zu verwenden, wenn sie nicht absolut dazu gezwungen worden wäre. Gegenüber sozialistischen Forderungen steuerlicher Erleichterungen den Konsumvereinen gegenüber erklärte ein Mitglied des Zentrums, daß die Konsumvereine einfach als Gewerbebetrieb zu betrachten seien, und daß eine steuerliche Bevorzugung dieser Vereine abgelehnt werden müsse. Eine vorsichtige Staatsaufstellung der Regierung sei zu loben, namentlich auch mit Rücksicht auf die außenpolitischen Belastungen der nächsten Jahre. Die Art der Sozialdemokratie, Anträge auf Steuerherabsetzungen zu stellen, gleichzeitig aber neue Auslagen dem Staat zu machen, richte sich von selbst. Ein anderer Zentrumsredner bekräftigte eine Eingabe der Stadt Schramberg um Gewährung von staatlichen Darlehen zu Zuschüssen infolge der Entstanden besonderen Notverhältnisse. Die Eingabe wurde auf Antrag des Berichterstatters Scheef der Regierung zur Erwägung übergeben. Bürgerpartei und Bauernbund stimmten mit Enthaltung. Die verschiebenen soz. und komm. Anträge wurden alle abgelehnt. Ein Regierungsvertreter bat den Ausschuss um Zustimmung zur Annahme eines Betrages von 1 670 000 RM. aus Reichsmitteln zur Förderung des Wohnungsbaus. Die Zustimmung wurde einstimmig gewährt. Kap. 82 (Gebäudeerschuldungssteuer) wurde zurückgestellt. Bei Kap. 86 (Einnahmen aus Reichsteuern) wünschte ein Sozialdemokrat eine Aenderung des Verteilungsschlüssels in dem Sinne, daß der Staat 60 statt 66 zwei Drittel und die Gemeinden 40 statt 33 ein Drittel v. H. bekommen sollen. Ein Mitglied der Demokraten wandte sich dagegen und legte den Hauptwert auf eine baldige Aenderung der Schullasten. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters sind die Schullasten für den Staat gegenüber 1914 in höherem Maße gestiegen wie für die Gemeinden. Diese betragen 1914 25 078 200 Reichsmark und 1926 42 180 200 RM. Davon entfielen 1914 auf den Staat 8,2 Millionen, auf die Gemeinden 23,38 Millionen. Die Belastung des Staates ist heute also eine weit stärkere als früher. Ein Antrag August Müller (W.) auf alsbaldige Beseitigung der Getränkesteuer hinzuwirken, wurde angenommen mit 8 gegen 7 Stimmen, ebenso ein Antrag Müller, das Staatsministerium zu ersuchen, beim Reich dahin zu wirken, daß mit Wirkung vom 1. April 1926 das Einkommen von Elektrizitäts- und Wasserwerken, sowie Gasanstalten auf die einzelnen Gemeinden in ähnlichem Sinne zerlegt wird, wie der steuerbare Gewerbesteuerbetrag. Bei Kap. 70 (Lohnverwaltung Schuf-

sentied) bat ein soz. Abgeordneter um Auskunft über die Verhältnisse der staatlichen Lohnverwaltung. Regierungseitig wurde mitgeteilt, daß man auf eine Rente von 40 Prozent des investierten Kapitals rechnen dürfe. Die norddeutsche Konkurrenz mache sehr zu schaffen. Die Erträge in Lohn und Lohnsteuer seien normal. Die Kap. 95-98 wurden ohne besondere Beanstandungen genehmigt, Kap. 91-94 zurückgestellt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Mai 1926.

Dienstnachricht.

Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat die Wahl des Landwirts, Gemeinderats und Schultheißenamtsverwesers Ulrich Erlenmaier in Ottenbrom zum Ortsvorsteher dieser Gemeinde bestätigt.

Von der Kraftverkehrslinie Ehningen-Gehingen.

Auf der Strecke Ehningen-Gehingen wird Samstags eine weitere Fahrt mit folgenden Kurszeiten ausgeführt: Gehingen ab 1.05, Ehningen an 1.55 und Gehingen ab 2.20, Ehningen an 3.10 Uhr. Die Kurszeiten werden in den Neubus des Fahrplans aufgenommen.

Evangel. Landeskirchentag Stuttgart.

Am Montag den 26. April trat der Evang. Landeskirchentag zu einer einwöchigen Tagung zusammen. Nach den einleitenden, herzlich begrüßenden Worten des Präsidenten Generalstaatsanwalt Röder und nach dem Rechenschaftsbericht des Ständigen Ausschusses über seine Tätigkeit in den letzten Monaten ergriff der Herr Kirchenpräsident D. v. Metz das Wort. Er sprach zunächst namens der Kirchenleitung den Dank an die Kirchengenossen aus, die sich trotz der Not der Zeit willig gefunden haben, durch Entrichtung der Landeskirchensteuer die Fortsetzung des Dienstes an den Gemeinden in dem so nötigen Umfang zu ermöglichen, ebenso an alle, die bei der Berechnung und dem Einzug der Kirchensteuer mitgewirkt haben. Die Kirchenleitung werde die Ausgaben auf das unerläßliche zu beschränken bemüht sein um bei den Gemeinden Erleichterungen eintreten lassen zu können. Sehr notwendig sei die Vermehrung von Pastorenstellen besonders in Vor- und Industrieorten, dazuhin erstrebe ein neues hochwichtiges Gebiet für unausschießbare kirchliche Fürsorge in den Siedlungen, die im Land und besonders in Groß-Stuttgart entstehen.

Auch die Fürsorge für Erteilung des Religionsunterrichts auf allen Stufen beschäftigte die Kirchenleitung ernstlich. 64 000 Schüler und Schülerinnen der Gewerbe-, Handels- und Fachschulen bedürfen auch eines Religionsunterrichts; die Kirchenleitung hat daher an das Ministerium des Innern die Bitte gerichtet, Genehmigung erteilen zu wollen, einmal in den obersten Klassen anfangen zu dürfen. Wir müssen unsere Hauptaufmerksamkeit auf den Religionsunterricht lenken.

Das Maß der hier erforderlichen Stundenzahl droht freilich über die Kraft der Geistlichen zu gehen, und doch darf an der Sache selbst nichts abgebrochen werden.

Eine erste Sorge ist die Gewinnung eines tüchtigen und genügend zahlreichen Nachwuchses für den Kirchendienst. Wie kommt es, daß die Familien unserer Landgemeinden ihre begabten Söhne nicht mehr so wie früher für den Dienst am Volk der Kirche zuführen?

Wir wollen unserer Jugend die Wichtigkeit und Herrlichkeit des Dienstes im Reich Gottes recht ans Herz legen, auf dem Lande hat es gewiß viele Familien, die begabte Söhne haben!

Der Haushaltsplan für 1926 und 1927 hat eine Senkung der Tariffähigkeit der Landeskirchensteuer vorgeschlagen, wogegen unsere Kirchengenossen keinen Einspruch erheben werden. Infolge der Steuererhöhung schließt der Vorschlag für 1926 mit einem Fehlbetrag von 426 000 M ab, obwohl die Ausgaben mit größtmöglicher Sparsamkeit bemessen und die Einnahmen verhältnismäßig hoch veranschlagt seien. Die wirtschaftliche Notlage verleiht uns auch auf dem Lande, hat den Oberkirchenrat zur dem außergewöhnlichen Vorschlag veranlaßt, zur Deckung des Fehlbetrages das noch nicht einmal genügende Betriebskapital heranzuziehen.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

44. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „In kürzester Zeit werden wir Besuch bekommen — Die junge Dame hielt die Augen niedergeschlagen und spielte mit dem goldenen Herzgen an ihrer Uhrkette. Sie schwieg. „Nun, mein Kind, bist du nicht neugierig, zu erfahren, wer uns in unserer Waldesfamkeit besuchen wird?“ Ein scharfer Unterton klang aus dieser Frage hervor. Die Hoheit wurde leicht ungeduldig und heftig. „Es ist mir gleichgültig, Mama! Offen gesagt, am liebsten möchte ich niemand sehen!“ Maria Christina wunderte sich selbst, woher sie den Mut zu dieser Antwort genommen. „Ah, glaubstest du, daß das stille, träumerische Leben hier so weitergehen soll? Nein, dazu bist du zu jung und zu gesund, Maria Christina! Und ich habe für dich vorgesorgt.“ Maria Christina wurde abwechselnd rot und blaß. „Mama, ich bin ja zufrieden, wie ich es jetzt habe und wäre dir dankbar, wenn du noch keine Aenderung treffen würdest.“ „Und dir dadurch immer mehr Gelegenheit gebe, dich noch weiter in deine romantischen Grübeln zu verliessen! Nein, mein Kind, ich habe lange genug Rücksicht gehabt mit deinen Einfällen und bin dir auch in deiner blinden Wortweise für die doch etwas obdure Baroness Reinhardt nicht hinderlich gewesen.“ „Gwendoline Reinhardt ist tadellos! Daß sie arm ist, dafür kann sie nichts! Ich möchte nicht auf den Verkehr mit diesem takvollen, hochgebildeten, vornehm denkenden Mädchen, das mir wirklich sympathischer als unsere Limbach ist, verzichten.“ Die Prinzessin-Mutter machte eine ungeduldige Kopfbewegung. „Du wirst Ersatz für sie finden! Darum handelt es sich übrigens jetzt gar nicht! — Damit wir zur Sache kommen: noch in dieser Woche wird die Herzogin-Mutter

von Hemsheim mit dem regierenden Herzog Franz Ferdinand aus einen Besuch abstatten.“ „Warum hier, Mama, wo wir doch nicht zu Hause sind? Es ist hier doch alles so primitiv, wie du immer bebauerstest, wir sind gar nicht auf offiziellen Besuch eingerichtet.“ „Mara Christinas Stimme schwankte bedenklich, „es hat doch Zeit, bis wir wieder in unseren Palais sind.“ „Nein, es hat keine Zeit, mein Kind, überlasse mir das zu bestimmen. Der Herzog hat dich nicht vergessen! Er verlangt die ständige Bekanntschaft mit dir zu erneuern. Er ist entzückt von dir.“ „Vielleicht würde ich ihn jetzt enttäuschen.“ „Dein Widerspruch, mein Kind, gefällt mir nicht! Warum soll ich mit Umschweifen reden: Du, Maria Christina, bist ausersuchen, Herzogin von Hemsheim zu werden.“ Die Prinzessin sprang auf: „Nein“, rief sie, „nein.“ In kaltem, mißbilligendem Staunen sah die Fürstin auf ihre Tochter, die fassungslos vor ihr stand und die Hände gegen die Augen gedrückt hielt, „nein.“ „Bergißt du, wer du bist, Maria Christina?“ tabelte sie unwillig ob dieser Unbeherrschtheit, „diesmal gebe ich deiner Laune nicht nach — du hast dich zu fügen.“ Da fiel Maria Christina vor ihr auf die Knie und hob flehend die Hände. „Nein, Mama, nein! Ich kann nicht —! Wenn du noch einen Funken Mutterliebe für mich hast, dann quäle mich nicht.“ Die Rehaugen standen voller Tränen. „Stehe auf und lasse das Komödienhafte! Wir spielen doch hier nicht Theater.“ „Nein, aber um mein Glück geht es —“ „Man wird dich allgemein um das Glück, Herzogin von Hemsheim zu werden, beneiden.“ „Dennoch verzichte ich darauf!“ Maria Christina warf trotzig den Kopf zurück. Die kalten grauen Augen der Mutter durchbohrten sie förmlich. „Warum?“ „Weil ich den Herzog nicht lieben kann!“ „Dann wirst du es lernen!“ laute die Fürstin mit kal-

tem Lächeln. „Du bist doch kein kleines Bürgermädchen, das in himmelblauer Romantik schwelgt.“ „Nein!“ rief Maria Christina leidenschaftlich, „ich kenne den Herzog, und ich will in meiner Ehe glücklich werden — er kann mir das Glück nicht geben.“ „Dann wohl ein anderer.“ Spöttisch fixierte die Fürstin ihre Tochter, über deren Gesicht eine flammende Röte schlug. „Ah, habe ich recht geraten? — Wer ist denn derjenige, von dem du ein Lebensglück erwartest? — Du schweigst —? Vieles wird mir jetzt klar! Daher dein Widerstand schon im Winter — das werde ich ja leicht erfahren.“ Unwillkürlich atmete Maria Christina erleichtert auf, da sie die Mutter auf falscher Fährte wußte. „Als ein Zeichen meiner mütterlichen Rücksicht und Liebe sieh an, daß ich mich beschränke, über diese Entscheidung hinwegzugehen und sie als kindische Einbildung zu betrachten.“ Mitleidig lächelnd über so viel Torheit, schüttelte die fürstliche Frau den Kopf, um dann in strengem Tone fortzufahren: „Also, um keine unnützen Worte mehr zu machen, bitte ich dich, dich auf den Besuch der Herrschaften vorzubereiten und dich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß wir in acht Tagen unsern Aufenthalt hier abbrechen.“ Die Prinzessin erhob sich, zum Zeichen, daß sie diese Unterredung als beendet betrachtete. Mehr als die heftigsten Vorwürfe schüttelte der Mutter lächelnde, überlegene, kalte Ruhe die Tochter ein. Dennoch wagte Maria Christina noch eine Widerrede — sie wollte ja für ihre Liebe kämpfen! „Ich kann nicht, Mama, und ich will nicht! Ich lasse nicht so ohne weiteres über mich verfügen.“ „Nicht bloß einmal habe ich dir nachgegeben — erinnere dich! Jetzt ist meine Geduld zu Ende — ob mit oder gegen deinen Willen: Du wirst noch vor Weihnachten Herzogin von Hemsheim sein! Das ist mein letztes Wort und keine Macht der Welt wird mich anderen Sinnes machen — ich appelliere an deine Vernunft und an deine Kindesliebe!“ „Mama, so höre mich doch an — ich, ich —“ (Fortsetzung folgt.)

Von den Einnahmen fallen 68,6 Prozent auf die Staatsleistungen, 25,6 Prz auf die Landeskirchensteuer und 5,8 Prz auf Sonstiges; von den Ausgaben 92 Prz auf den persönlichen Bedarf, nämlich 2,2 Prz für den Oberkirchenrat, 69 Prz für die Pfarrstellen und 20,8 Prz für Pensionen; die weiteren 6 Prz auf den sachlichen Bedarf. Der Oberkirchenrat wird ermächtigt, Anleihen zu niedrigem Zinsfuß aufzunehmen, um Kirchengemeinden zur Reparatur von kirchlichen Bauten Darlehen zu mäßigem Zinsfuß gewähren zu können. Bei den derzeitigen Geldverhältnissen ist es vorteilhafter, wenn die Landeskirche dieses tut.

Im wesentlichen ist derselbe Steuermassstab wie im Vorjahr wieder vorgeschlagen. Er hat sich bewährt, soweit dies bei dem Mangel zuverlässiger staatlicher Grundlagen zu erwarten war. Jedenfalls hat ein besserer Massstab nicht gefunden werden können. Es gibt heute noch viele Gemeinden, die es nicht einsehen, daß sie auch ein Opfer bringen sollten; sie bezahlen gerne die Ortskirchensteuer, aber auch noch eine Landeskirchensteuer zu entrichten, dafür muß ihnen noch Verständnis beigebracht werden. (Schluß folgt.)

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Kleinere Druckschwünge von Norden her bestehen noch fort. Die Wetterlage bleibt vorerst noch unbeständig. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweise bedecktes, wenig regnerisches Wetter zu erwarten.

SCB Pforzheim, 9. April. Ein mit zwei Herren besetztes Pforzheimer Auto wurde zwischen Enzberg und Niefen infolge eines Defekts steuerlos, kaufte den Bahndamm entlang, überschlug sich und blieb schließlich an einer Telegraphenstange hängen. Das sehr schwer beschädigte Auto mußte abgeschleppt werden. Das Glück wollte es, daß die beiden Insassen unversehrt blieben.

SCB Dillingen im Leonberg, 9. Mai. In dem Anwesen des Landwirts Hermann Knapp ist Feuer ausgebrochen. Für das gesamte Anwesen bestand große Gefahr, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen worden wäre. Die Ursache ist in der Benützung eines Badofens zu suchen. Der Brand konnte aber rasch gelöscht werden.

SCB Heilbronn, 8. Mai. Der Gemeinderat hat bezüglich der Aufwertung der städtischen Anleihen folgenden Beschluß gefaßt: Soweit die Altbesitzer-Anleihen im Besitz von Personen sind, die den Betrag der Ablosungsanleihe oder zum wenigsten den Zins daraus für ihren Lebensunterhalt dringend benötigen, wird der Goldmarkwert ihres Anleihebesitzes mit 15 Prozent abgelöst und die Ablosungssumme ab 1. August 1926 in bar ausbezahlt. Eine Zinsvergütung ab 1. Januar erfolgt in diesem Falle nicht.

SCB Ulm, 9. Mai. Freitag abend überfuhr ein heißes Auto beim Altkontor Hof, unweit Gerhausen, die geschlossenen Bahnschranken und blieb auf dem Bahngleis stehen. Im selben Augenblick brauste der nach Ulm fahrende letzte Zug heran. Die Insassen des Autos hatten eben noch Zeit, den Wagen zu verlassen, sodas nur eine Person Verletzungen davontrug. Das Auto wurde stark beschädigt.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

100 holl. Gulden	168,99 Mk.
100 franz. Fr.	13,23 Mk.
100 schweiz. Fr.	81,34 Mk.

Börsenbericht.

SCB Stuttgart, 9. Mai. Die Börse lag zu Wochenende sehr still und die Kurse gaben wieder einmal fast auf der ganzen Linie nach.

Stuttgarter Wochenmarktpreise.

Auf dem Samstagmarkt kosteten 1 Pfd. Edeläpfel im Großhandel 30-45, im Kleinhandel 40-55 s, Tafeläpfel 15-30 (20-40), Kartoffeln 3-4 (4-5), Zwiebeln 8-13 (10-17), Schwarzwurzeln 30-40 (40-50), Schwäbinger Spargeln 50 bis 100 (60-130), Spinat 18-20 (22-25), Mangold 10-15 (13 bis 18), 1 Stück Kopfsalat 8-18 (10-23), 1 Stück Blumenkohl 20-100 (25-130), große Gurken 40-80 (50-100), Sellerie 10 bis 30 (13-40), Kopfsalat 10-30 (13-40), 1 Bund runde kleine Karotten 20-30 (25-40), Zwiebeln mit Rohr 18-20 (23-25), Monatrettich 15-20 (20-26), Unterlärchermer Spargeln 150-200 (180-250), Khabarber 8-12 (10-15) s.

Schwäbinger Spargelmarkt.

Auf dem letzten Spargelmarkt waren etwa 8 Zentner angefahren worden. Erste Sorte kostete 80-90 Pfg., zweite Sorte 45-50 Pfg., Suppenspargeln 20-30 Pfg.

Schweinepreise.

Mittshausen: Milchschweine 35-50 M. — Creglingen: Milchschweine 35-45 M. — Hemiglofen: Ferkel 38-55 M. — Mergentheim: Ferkel 40-52 M. — Münsingen: Milchschweine 40 bis 51, Läufer 97 M. — Winnenden: Milchschweine 35-48, Läufer 70-90 M. — Wurzach: Ferkel 38-45, Läufer 60-80 M. das St.

Viehpreise.

Mittshausen: Farren 300-500, Ochsen 400-470-540, Kühe 350-440-530, Kalbeln 410-460-600, Rinder 140-180-270 M. — Münsingen: Ochsen 260-1250, Kühe 140-610, Kalbeln 260 bis 565, Jungvieh 130-315 M. — Oberrot: Ochsen und Stiere 300-450, Kühe 280-600, Rinder und Jungvieh 150-450 M. — Wurzach: Ochsen 600, Kühe 200-400, Kalbeln 350-550, jüngere Farren 200, Jungvieh 150-250 M. das Stück.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Freiwillige Feuerwehrcalw.

Anlässlich des in Calw am 30. Mai stattfindenden **Bezirksfeuerwehrtages** finden folgende

- Übungen**
- | | |
|-----------------------------|-----------------|
| 1. Zug (Weckerlinie) | 10. 15. 17. Mai |
| 2. " (1. Komp.) | 10. 14. 17. " |
| 3. " (2. Komp.) | 10. 17. 20. " |
| 4. " (3. Komp.) | 18. 21. " |
| 5. " (4. Komp.) | 17. 19. " |
| 6. " (Schug- u. Wachmanns.) | 11. 14. " |
- Se abends 7.30 Uhr

Gesamtübung

Dienstag, 25. Mai, abends 7.30 Uhr.
Anzug: Bei den Einzelübungen, wie bei der Gesamtübung: Helm, Gurte und Armband.

Unentschuldigtes oder nicht genügend entschuldigtes Ausbleiben wird nach § 13 der Satzung bestraft.

Der Verwaltungsrat:
J. A. Wochle, Kommandant.

Calw, den 10. Mai 1926.

Dankagung.



Für die vielen Beweise wohlwunder Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Bouline Laible Witwe

für die ehrende Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte und für den Liebesdienst der Herren Ehrenträger sagen herzlichsten Dank.

Im Namen d. trauernden Hinterbliebenen:
Oskar Laible, Oberpostinspektor und **Frau Vertha**, geb. Dinkelacker.

Eine Einkaufsgelegenheit
von seltener Billigkeit bieten wir Ihnen mit unserer diesjährigen **Kleider-Woche**

Wie unterhalten augenblicklich in Kleidern ein Riesenslager von der einfachsten bis zur elegantesten Machart, die jedem Geschmack angepasst ist.

Einige Beispiele:

Muffelkleider	M. 4.90, 6.25, 7.25, 8.50 usw.
für Damen	
Hauskleider aus echtfarbigem Feste	M. 5.25
Washseidene Kleider	M. 11.—
schöne Machart	14.50, 17.50 und höher.
Wollkleider in weiß und farbig	M. 16.50
Wollkleider a. Cheviot, Sabardine, Popeline, Rips	von M. 9.50 an
Kinderkleider aus Musseln und Washseide	von M. 2.75

Ferner bieten wir an:

Damen-Covercoat-Mäntel	M. 18.—
	22.— 27.—
Wollrips-Mäntel	M. 28.— 35.—
Lüster-Mäntel	M. 21.— 25.—

Auch in allen anderen Artikeln haben wir unsere Preise bedeutend herabgesetzt und zwar in Herren-, Burschen- und Knabenanzügen, Hosen, Sommerjoppen, sowie in sämtlichen Herren- und Damenkleidertoffen u. sonstigen Manufakturwaren

Sehen Sie unsere Schaufenster.

Geschwister Kleemann
Biergasse 128.

Milch- und Läufer-Schweine
stehen fortwährend in meinen Stallungen zum Verkauf.
Eugen Harsch zum „Schiff“.

Sehe eine mit dem 5. Kalb hochtrachtige

Ruh
dem Verkauf aus.
Johannes Weiß beim Bahnhof Mithenstett.

Rötenbach.
Eine gute
Rug- u. Schaff-Ruh
verkauft
Hirschwirt Kentschler.

Sommerdecken
blau und kariert in allen Preislagen bei
Otto Weizer, Sattlerei.

Mostrofinen
billigt bei
Otto Jung.

Ucker
ungefähr 1 Morgen groß in der Nähe der Stadt zu pachten gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu einem wöchentlich einmal in Calw stattfindenden **Turnkurs für Säuglinge und Kleinkinder u. d. Methode Neumann-Neurode, Berlin** werden Anmeldungen bis 15. Mai entgegengenommen von **Eisel Andelfinger, geprüfte Turnlehrerin Stuttgart, Schloßstraße 72 III** oder **Frau Clara Zilling, Calw, Untere Brücke.**

Blaue Arbeits-Anzüge
in allen Größen empfiehlt
Frau Karl Eberhard, Witwe
beim städtischen Waghäusle.

Haus-Verkauf
Infolge Wegzugs verkaufe ich mein **zweistöckiges Wohnhaus mit Laden** sowie eine **neuerbaute Holz-u. Wagenremise mit angebauter Werkstatte.**
Es kann jeden Tag ein Kauf mit mir abgeschlossen werden. Preis und Zahlung nach Vereinbarung.
Georg Urfig, Wagnermstr., Bad Teinach.

Charakter! Senden Sie 20 Zeilen nach Schrift! in Linte nebst 2.50 Mk. an das **Wissenschaftl. Graphologische Institut** Karlsruhe 37, Sophienstraße 35. Ia. Ref., 28jähr. Praxis. Hunderte Dankschreiben!

2000 M. gegen beste Sicherheit anzunehmen. gesucht. Angebote unter N. 107 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Milch
ist zu haben bei **Friedr. Psrommer.** Dasselbst werden auch einige **Jahreskunden** angenommen.

Sicht und Rheuma lindert und heilt
Wallnangflud
Klosterlabor. Alpirsbach/W. Große Flasche M. 2.— u. 4.— In den Apotheken zu Calw, Teinach, Liebenzell.

Fortamt Liebenzell. Jagd-Verpachtung.
Am **Mittwoch**, den 12. Mai 1926, mittags 12 Uhr wird auf d. Fortamtskanzlei in Liebenzell die Jagd im Staatswald Distr. Biefelswald, Thann und Burghalde mit zus. 516 ha in einem Los auf 6 Jahre verpachtet.

Jeden Dienstag und Freitag vorm. werden **Rudelböden** abgegeben.
Hermann Schnürle.

Einige guterhaltene **Bettröste** hat im Auftrag billig zu verkaufen
Otto Weizer Kronengasse

Eine verschleißbare Feldschauer
8x8 Meter, Baujahr 1925, verkauft auf den Abbruch
Witt. Fuchs Simmrodelm.

4 Burschen-Anzüge
für 14-18jähr. zu verkaufen
G. Dacher Bismarckstr. 406.